

F l ü c h t l i n g s r a t

Niedersachsen – Rundbrief 38/39 – November 1996



Flüchtlingsalltag und Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen

A U S
stellungen
Katalog

Katalog zur Ausstellung mit Texten zu Migration, Rassismus und Flüchtlingsarbeit sowie 48 Bilddokumenten

Inhaltsverzeichnis

| | | | |
|--|-----------|---|----|
| Editorial | 3 | Abteilung 2: Fluchtursachen | 64 |
| Herbert Leuninger: Ausstellungseröffnung | 5 | | |
| Andreas Lüddecke zur Eröffnung | 7 | Abteilung 3: Einige subjektive Wahrnehmungen zum Flüchtlingsalltag | 67 |
| Kurze Geschichte der Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland | 8 | „Angst eregiert“ 67 – „Armut“ 69 | |
| Heribert Prantl: „Ich bin ein Mißbraucher“ | 11 | Abteilung 4: Hauptamtliche Flüchtlingsarbeit | 70 |
| Albert Statz: Migration als Brücke | 15 | Verfahrensberatung in ZASTen 70 – Modellpro- jekt dezentrale Flüchtlingssozialarbeit 72 | |
| Gerard Noiriel: Die Tyrannei des Nationalen | 25 | Abteilung 5: Konjunkturen der Solidarität | 73 |
| Hauptkapitel I: Der Trägerkreis | 28 | „Lichterketten“ 73 – Positionspapier nds. Lan- desregierung 74 – Ausländerbeirat Lüneburg 75 – Kirchenasyl 77 – Hungerstreik Ali Yavuz 78 – Ein Leben auf Krücken ? 79 | |
| Niedersächsischer Flüchtlingsrat | 29 | Abteilung 6: Unterbringung | 80 |
| Iranische Gemeinde Hannover | 31 | Holzminen „Burgbergblick“, Göttingen | |
| IKK, Hannover | 35 | „Merkelstraße“ 80 – Landkreis Osnabrück 82 | |
| AK KAN | 38 | Abteilung 7: Abschiebung | 83 |
| Koordination der dezentralen Flüchtlingssozialarbeit Uni Oldenburg | 39 | Familie E. aus Mazedonien 84 – „Alle Härten polizeilicher Zugriffe“ 85 – Hungerstreik in Han- nover 86 – „Zwangsmittel“ 87 | |
| Asylum e.V. Nienburg | 41 | Abteilung 8: Asylbewerberleistungsgesetz | 88 |
| Exil e.V. Osnabrück | 42 | Protest gegen das Asylbewerberleistungsgesetz | |
| Tätigkeitsbericht von Jaqueline Wolf aus Lüneburg | 42 | 89 – Umtauschaktion in Hildesheim 90 | |
| Elikeya, Hildesheim | 44 | Abteilung 9: Flüchtlingsselfstorganisation | 92 |
| Migrationsarbeit in Nordhorn | 45 | AMFN 92 | |
| Vom Hotel Astoria zur Merkelstraße – zur Flüchtlingsarbeit in Göttingen | 46 | Anhang | |
| Zur Geschichte der autonomen Antirassismusgruppen | 53 | Kartensammlung | 8 |
| Antirassistische Frauenarbeit im Landkreis Diepholz | 54 | Pressespieldokumentation | 8 |
| Asyl e.V. Hildesheim | 57 | Literatur | 01 |
| Hauptkapitel II: Die Ausstellung in Bild und Text | 59 | | |
| Abteilung 1: Gesetze und Behörden | 60 | | |
| Kurzdarstellung Asylverfahren 61 – Leben in der Ille- galität 63 | | | |

Impressum

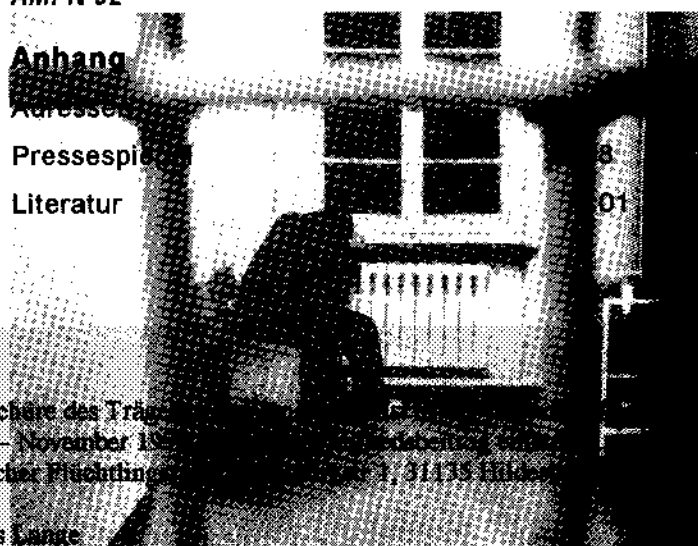
Titel: Flüchtlingsalltag und Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen

Ein Teil der Auflage dieses Ausstellungskatalogs erscheint als Broschüre des Trägers
Niedersächsischer Flüchtlingsrats, Ausgabe 6 + 7 /96 – Heft 38/39 – November 1996

Hrsg.: Trägerkreis der Ausstellung und Förderverein Niedersächsischer Flüchtlinge

Verlag: Selbstverlag

Redaktion: Anke Eghlommassé, Andreas Lüddecke (VdSdP), Matthias Lange



Ralf Dahrendorf kommt in einer Besprechung des neuesten Buches von Jürgen Habermas zu folgendem Schluß:

„Es geht ihm vor allem um die benachteiligten Minderheiten und die Fremden in ihren elementaren Bürgerrechten. Darum beschäftigt er sich im einzelnen mit dem Feminismus, dem Phänomen der Multikulturalität, den Asylanten und der ihnen geltenden Gesetzgebung.

Macht er sich da die Sache zu schwer? Könnte es nicht sein, daß es keine befriedigende Begründung für die Begrenzung des Zustroms von Asylanten und Einwanderern gibt und man sie trotzdem vornehmen muß?

Vor Jahren schrieb der damalige niedersächsische Ministerpräsident Albrecht ein Buch, in dem er unter schrecklichen Verrenkungen darlegte, daß es Situationen geben kann – zum Beispiel lebensbedrohende Erpressung durch gefaßte Terroristen – in denen die Folter gerechtfertigt werden kann. Dieser Denkfehler ist gefährlich. Zu rechtfertigen ist Folter nie, selbst dann nicht, wenn sie *in extremis* nötig scheint.

Manchmal, ganz selten, muß das nicht zu Rechtfertigende getan werden; es bleibt indes immer ungerechtfertigt.

Die Begrenzung der Zuwanderung gehört in dieses Kapitel. Im Prinzip müssen freie Gesellschaften für alle offen sein. In der Praxis ist das nicht durchhaltbar. Aber daß es nicht durchhaltbar ist, zeigt die Unvollkommenheiten noch der freiesten Gesellschaften in einer Welt mit Grenzen. Solange diese bestehen, ist die Freiheit gestört, daran gibt es nichts zu deuteln.“

Da stellt sich die Frage, ob der neoliberal inspirierte Umbau der Gesellschaft bereits in einem Maße konsensfähig ist, daß er die Nicht-Begründbarkeit seiner Position gleichwohl zur Begründung seiner Politik heranziehen kann.

Dies eingedenk, gehen wir weiter und sagen, daß die Einschränkung der Freiheit und Freizügigkeit für die Flüchtlinge immer auch ein Testfeld dafür ist, was anderen marginalisierten Gruppen, die dem „eigenen“ Staatsvolk angehören, an Restriktionen zugemutet werden kann. In einem Deutschland, das offensichtlich noch am Anfang eines tiefgreifenden Umbaus von Staat und Gesellschaft steht, bei dem die völlige Demontage des Sozialstaats von zentraler Bedeutung ist, sollte der behördliche Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden daher die deutsche Bevölkerung alarmieren. Dies gar nicht unbedingt aus hehren humanitären Motiven heraus, sondern allein schon aus Eigeninteresse – sie könnten die Nächsten sein, die von der Beschädigung ihrer elementa-

* Ralf Dahrendorf, Der Diskursrepublikaner, Besprechung von Jürgen Habermas, Die Einbeziehung des Anderen, in: FR-Beilage, 2.10.1996, S. 13.

E d i
t o r
i a l

ren Rechte betroffen sind!

Daß dies nicht gesehen wird, hat viele Gründe, von denen mangelndes Faktenwissen sicherlich nicht der zentralste ist. Im Unterschied zum aus komplexen Gründen entstandenen rassistischen Ressentiment läßt sich dem Informationsmangel bzw der Desinformation jedoch zunächst einmal durch Information begegnen, und genau das haben wir in der Ausstellung „Flüchtlingsalltag und Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen“ unternommen.

Überall in der Welt befinden sich große Gruppen von Menschen aus Angst vor Verfolgung auf der Flucht. Sie werden diskriminiert, mißhandelt, gefoltert oder fürchten Inhaftierung. Ihr Leben ist in Gefahr.

Der im Iran geborene Schriftsteller Kader Abdollah sagt: „Wenn Du fliehst, denkst Du nicht; es ist, als ob Du vor einem Feuer davonläufst. Du weißt nicht, wo Du hinrennst. Und es spielt auch keine Rolle.“

Auch in Nazi-Deutschland wurden 1933 – 1945 Millionen von Menschen verfolgt und gequält. Hunderttausende flüchteten und fanden im Ausland Asyl. Vor diesem Hintergrund wurde 1949 das Asylrecht ins Grundgesetz geschrieben. 1951 unterschrieb die Bundesrepublik auch die Genfer Konvention, mit der sich mehr als 120 Staaten dazu verpflichteten, politisch Verfolgten Asyl zu gewähren.

Doch heute wollen sich viele nicht mehr an diese historischen Erfahrungen erinnern. Seit den Achtziger Jahren sind das Asylrecht und das Asylverfahrensrecht immer weiter eingeschränkt und ausgehöhlt worden.

Viele Flüchtlinge, die nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren können, leben hier oft jahrelang mit unsicheren Duldungen, die keinen rechtmäßigen Aufenthalt begründen.

Die Lebensbedingungen, denen Flüchtlinge gesetzlich unterworfen werden, sind erklärtermaßen möglichst abschreckend gestaltet. Keine andere gesellschaftliche Gruppe unterliegt solch rigiden Auflagen und Bestimmungen. Die gesetzlichen Einschränkungen im Leistungs- und Arbeitsrecht, die Verteilung von Flüchtlingen ohne ausreichende Berücksichtigung ihrer familiären und sonstigen Bindungen und ihre Unterbringung auf engstem Raum führen oftmals zu einem Leben in Armut und sozialer Isolation. Hinzu kommen psychosoziale Probleme als Folge von Krieg, Verfolgung, Folter, Verlust von Angehörigen, ihrer Exilsituation und unsicheren Lebensperspektive.

Vor diesem Hintergrund kommt der Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen die wichtige Aufgabe zu, Flüchtlinge zu beraten und zu unterstützen, Unrecht zu begegnen sowie ein Bild von der zuweilen erschreckenden Lebensrealität von Flüchtlingen öffentlich zu vermitteln. In der Arbeit von Initiativen und Beratungsstellen werden die konkreten Auswirkungen gesetzlicher Vorgaben für die Lebenssituation der Flüchtlinge tagtäglich thematisiert.

Die Ausstellung und der vorliegende Katalog dienen dem Ziel, diese Erfahrungen niedersächsischer Flüchtlingsinitiativen, Beratungsstellen und Solidaritätsgruppen einem breiteren Publikum bekannt zu machen. Wir unternehmen hiermit den Versuch, den politischen EntscheidungsträgerInnen im Lande die Lebensrealität der Flüchtlinge in Niedersachsen näherzubringen und sie über die konkreten Folgen ihres politischen Handelns zu informieren. Darüberhinaus wendet sich die Ausstellung an eine möglichst breite Öffentlichkeit, die über den Alltag von Flüchtlingen in Niedersachsen informiert werden soll.

Der Trägerkreis der Ausstellung

Für das Zustandekommen der Ausstellung war ein heterogener Trägerkreis verantwortlich, der sich aus verschiedensten Gruppen und Projekten der Flüchtlings- und MigrantInnenarbeit zusammensetzte. Das weit gefächerte Spektrum dieser Arbeit wird im Textteil dieses Katalogs exemplarisch dargestellt. Über den Rahmen der Ausstellung hinaus hoffen wir, mit dem Trägerkreis die Grundlage für eine langfristige engere Kooperation der Gruppen zu haben. Nachdem es in der Vergangenheit Meinungsverschiedenheiten und Konkurrenzen zwischen einigen der beteiligten Gruppen gegeben hatte, konnte durch die Kooperation innerhalb des Trägerkreises neues Vertrauen untereinander geschaffen werden. Der Öffentlichkeit wurde die Ausstellung zum ersten Mal im Februar 1996 im Niedersächsischen Landtag vorgestellt, wo das Publikum während der Sitzungsperiode in erster

Linie aus den Abgeordneten selber bestand. In der folgenden Woche fanden für Besuchergruppen dann Führungen durch die Ausstellung statt

Die Wanderausstellung

Nachdem sie entsprechend den ersten Reaktionen inhaltlich überarbeitet wurde, ging „Flüchtlingsalltag und Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen“ im Mai 96 dann als Wanderausstellung auf Tournee. Als Auftakt diente hierzu der „Tag der Niedersachsen“ in Wolfenbüttel. Seither ist die Ausstellung unterwegs und kann beim Niedersächsischen Flüchtlingsrat, der für den Trägerkreis die Projektkoordination übernommen hat, gegen eine Gebühr von 300 DM entliehen werden.

In Teilen basiert die Ausstellung auf Material, das bereits gezeigt wurde, so die sehr vielen Fotos, die vom Exil e.V. Osnabrück zur Verfügung gestellt wurden, oder die Bilder von Klaus Günther Kohn, die bereits einer Ausstellung des Diakonischen Werks Braunschweig zu sehen waren. Zum Thema „Fluchtursachen“ wurde eine Plakatausstellung der Caritas komplett in die Ausstellung übernommen. In dieser Zusammenstellung und textlichen Aufbereitung ist die Ausstellung dennoch vollkommen neu.

Sie gliedert sich in folgende Themenbereiche:

1 Gesetze und Behörden; 2 Fluchtursachen; 3 Flüchtlingsalltag – einige subjektive Wahrnehmungen; 4 Hauptamtliche Flüchtlingsarbeit; 5 Konjunkturen der Solidarität; 6 Unterbringung; 7 Abschiebung; 8 Sachleistungen statt Bargeld – diskriminierende Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes; 9 Selbstorganisation von MigrantInnen und Flüchtlingen.

Die Abteilungen sind so aufgebaut, daß jedes Thema zur Not durch zwei Tafeln dargestellt werden kann. Bei Platzmangel läßt sich die normalerweise aus 53 Bildtafeln bestehende Ausstellung also auf 18 reduzieren. Zur vollständigen Ausstellung gehört auch die komplette Einrichtung eines Zimmers aus einer Flüchtlingsunterkunft.

Zum vorliegenden Katalog ist zu sagen, daß er sich in einen theoretischen Vorspann gliedert, der in die Materie einführt, und zwei Hauptabschnitte, deren erster wesentliche Gruppen des Trägerkreises darstellt, während der zweite der eigentliche Bildkatalog ist. Das Heft schließt mit einem Anhang, der Adressen, Buchtitel zum Thema und einen Pressespiegel zur Aufnahme der Ausstellung in der Öffentlichkeit enthält. Was den Kataloginhalt angeht, so stammen alle nicht namentlich unterzeichneten Beiträge, die als Selbstdarstellungen einer Gruppe gekennzeichnet sind, von der jeweiligen Gruppe, während die Beiträge zur Geschichte der autonomen Antirassismusgruppen und zur Flüchtlingsarbeit in Göttingen ebenso wie die Selbstdarstellung des Niedersächsischen Flüchtlingsrats und der gesamte Bildkatalog

sischen Flüchtlingsrats und der gesamte Bildkatalog nebst Anhang von Andreas Lüddecke als verantwortlichem Redakteur für den Katalog stammen.

Der Beitrag „Die Tyrannei des Nationalen“ von Gerard Noiriel ist dem Flüchtlingsrats-Rundbrief-Sonderheft Flüchtlinge 1994 entnommen, der Beitrag „Migration als Brücke“ von Albert Statz dem Rundbrief-Sonderheft zum Tag des Flüchtlings 1993.

Mit Ausnahme der Bilder aus Göttingen und der Aufnahmen zum Thema „Fluchtursachen“ stammen alle Fotos ohne gesonderten Bildnachweis vom Exil e.V. Osnabrück. Die Fotos aus Göttingen sind vom AK Asyl Göttingen, die Bilder zu „Fluchtursachen“ abfotografierte Plakate der caritas.

Gedankt sei an dieser Stelle Katja Clysters für ihre kompetente und solidarische Mitarbeit bei Zusammenstellung und Aufbau der Ausstellung und der Niedersächsischen Ausländerbeauftragten, Gabriele Erpenbeck, für ihre finanzielle Unterstützung, ohne die die Ausstellung nicht möglich gewesen wäre.

Andreas Lüddecke, Göttingen/Hildesheim im Oktober 1996

Trägerkreis der Ausstellung:

- Afrika-Zentrum, Hannover
- AKAK Hameln
- AK Asyl, Oldenburg
- AK Asyl, Göttingen
- Aktion Courage, Holzminden
- Antirassismuspodium, Göttingen
- Arbeitsgemeinschaft kommunaler Ausländervertretungen in Niedersachsen (AG KAN)
- Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen (AMFN)
- Asylum e.V. Nienburg
- Asyl e.V., Hildesheim
- Asylum e.V., Holzminden
- Ausländerbeauftragte des Landkreises Gifhorn
- Ausländerbeirat der Stadt Göttingen
- Ausländerbeirat der Stadt Lüneburg
- Beratungsstelle für Flüchtlinge, Alfeld
- Beratungszentrum für Flüchtlinge, Göttingen
- BI Merkelstraße, Göttingen
- Büro für notwendige Einnischungen, Hamburg
- Diakonisches Werk Hannover
- Diakonisches Werk Braunschweig
- Diözesan-Caritas-Verband Osnabrück
- Exil e.V., Osnabrück
- Flüchtlingswohnheim des DRK, Göttingen
- Flüchtlingswohnheim der AWO, Göttingen
- Förderverein Niedersächsischer Flüchtlingsrat e.V.
- Frauentreff International, Alfeld
- Frauen für Frauen, Barsinghausen
- Friedensform Otterndorf
- Initiative „Den Krieg überleben“, Bonn
- Initiative Internationales Kulturzentrum, Hannover
- Internationaler Frauentreff, Hildesheim
- Iranische Gemeinde, Hannover
- Janusz Korczak, Humanitäre Flüchtlingshilfe, Hannover
- Modellprojekt Dezentrale Flüchtlingssozialarbeit der Universität Oldenburg
- Ökumenisches Netzwerk „Asyl in der Kirche“ in Niedersachsen
- Pro Asyl im Landkreis Diepholz
- Verband Niedersächsischer Bildungsinitiativen (VNB)
- Verfahrensberatung Diakonisches Werk, Hannover
- Verfahrensberatung Diakonisches Werk, Braunschweig

„Wie haltet Ihr es mit den sozial- rechtlichen Grundlagen unseres Staates?“

von Herbert Leuninger – PRO ASYL

Ich betrachte diese Ausstellung „Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen“ als Große Anfrage an Regierung und Parlament. Wie haltet Ihr es mit den Flüchtlingen und dem Asylrecht?

Wie haltet Ihr es mit der Humanität und den sozialrechtlichen Grundlagen unseres Staates? Wie haltet Ihr es damit, daß Asylbewerbern gegenüber rechtsstaatlich gehandelt wird, vielleicht sogar gehandelt werden muß, und dieses Handeln, denken wir an die Familie Doruk – mit humanitären Standards kaum noch vereinbar ist? Wie, so lautet die Große Anfrage dieser Ausstellung, eine Anfrage, die sich auch an die Öffentlichkeit richtet,

wollt Ihr mit den Informationen leben, die Euch hier vermittelt werden und die bei den betroffenen Flüchtlingen wie bei ihren Solidarpartnerinnen und -partnern als Verletzung der Menschenwürde empfunden werden? Wie – ein weiterer Aspekt der kritischen Anfrage – will es die Regierung mit den Gruppen und Asyl-Initiativen halten, die sich auf die Solidarität mit Flüchtlingen eingelassen haben, die bis an die Grenzen der physischen und psychischen Kräfte belastet, für die Flüchtlinge und für die Gesellschaft einen unaufgebaren Dienst leisten?

Das Spektrum der Trägerschaft für die Ausstellung „Flüchtlingsarbeit in Niedersachsen“ ist beeindruckend. Unabhängig von den Inhalten, die diese Ausstellung zu vermitteln sucht, ist dieser Aspekt sicher sowohl für Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen von Bedeutung. Es wird nämlich in ungewohnter Weise sichtbar, wie breit und tief das Engagement für Flüchtlinge in Niedersachsen ist. Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, daß dieser Einsatz, den es in ähnlicher Weise in der ganzen Bundesrepublik gibt, ein Ruhmesblatt unserer Gesellschaft ist, ein Ruhmesblatt umso mehr, als die große politische Linie seit Jahren – und nicht erst seit der Änderung des Grundrechts auf Asyl auf einen Abbau der Solidarität mit Flüchtlingen, auf eine Einschränkung ihrer Rechte ja sogar auf das Unterschreiten bisher gültiger sozialrechtlicher und rechtlicher Standards abstellt. Die Ausstellung wird dies nachdrücklich und hoffentlich nachhaltig verdeutlichen.

Die Asylpolitik hat sich als ein Konfliktfeld erwiesen, in dem die staatlichen und kommunalen Interessen in unerhörter Weise mit den humanitären Prinzipien, auf denen unser Staatswesen beruht, kollidieren. Deswegen ist es eher überraschend und wohl erstmalig, daß eine Ausstellung der Asylsolidarität mit ungeschminkter Darstellung in einem Landtag gezeigt wird, in dem die großen Linien deutscher Politik nicht nur nachgezeichnet, sondern in gewissen Bereichen auch vorgezeichnet werden. Dieses Faktum deute ich so, daß die Kommunikation zwischen den Asylinitiativen und der Regierung – wenn auch schwer belastet – immer noch besteht. Und ich möchte an dieser Stelle an alle Beteiligten die Aufforderung richten, diese Verbindung keinesfalls abreißen zu lassen. Es wäre ein Schaden nicht nur für die betroffenen Flüchtlinge sondern auch für das Land, wenn nicht gar für den Bund.

In meiner Arbeit als Europareferent von PRO ASYL fällt mir auf, daß es nicht nur überall in Europa Flüchtlingsräte und vergleichbare Asylorganisationen wie in der Bundesrepublik gibt, sondern daß diese ein wesentlich besseres Verhältnis zu ihren Regierungen haben, als dies bei uns, gerade auch auf Bundesebene der Fall ist. In den skandinavischen Ländern, aber auch in Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien und der Schweiz sind runde Tische und gemeinsame Konfe-

renzen mit den Behörden, den Parlamenten und den Regierungen selbstverständlich, auch wenn die Politik dieser Länder sich der Tendenz nach nicht wesentlich von der deutschen unterscheidet. Dennoch gibt es immer noch einen irgendwie für alle Seiten nützlichen Informationsaustausch. Die Vertreterinnen und Vertreter aus diesen Ländern sind immer wieder überrascht zu hören, daß wir in der Bundesrepublik – und ich spreche hier aus der Erfahrung von PRO ASYL – mit unserer Regierung nur über die Öffentlichkeit kommunizieren und diese Verbindung eher den Charakter der Konfrontation hat. Woran dies liegt, ist schwer zu sagen. Liegt es an einem selbtherrlichen Verständnis staatlicher Vollmacht in der Bundesrepublik, an einer besseren demokratischen Substanz in anderen europäischen Ländern, hat dort die Bürger- oder Zivilgesellschaft einen anderen Rang? Es ist schwer zu sagen. Noch gibt es auf der Ebene einiger Bundesländer diesen für ein modernes Staatsverständnis notwendigen Kontakt zwischen den politisch Verantwortlichen und der organisierten Bürgergesellschaft. Niedersachsen ist sicher ein solches – absolut nicht konfliktarmes – Beispiel. Dieser Kontakt ist aber auch sehr abhängig von den jeweiligen Koalitionen. Sicher werden auch wir überlegen müssen, was wir in Sachen echter Lobbyarbeit bei Regierung und Parlamenten besser machen können. Allerdings müssen Regierung und Parlamentsmehrheiten auch eine größere Frustrationstoleranz aufweisen, wenn es um die Kritik an ihren Entscheidungen geht.

Um noch einmal auf die europäische Ebene zu kommen: Die Asylpolitik wird nicht in Niedersachsen gemacht, nicht einmal in Bonn, Den Haag oder Stockholm. Die Asylpolitik ist längst auf mehr oder weniger verschlungenen Pfaden eine Sache der Europäischen Union oder zwischenstaatlicher Verträge. Das Europäische Parlament, das in der Asyl – und Migrationspolitik unseren Vorstellungen nahesteht, hat noch nicht die Kompetenz, die diesem Gremium zusteht. Die Asylpolitik wird von Parlamenten und der Öffentlichkeit unkontrollierbar gemacht. Hier zeigt sich längst die Notwendigkeit nicht nur einer Verstärkung der Zusammenarbeit einer europäischen Bürgergesellschaft. Wir haben dies bisher unterbewertet und wollen dies durch verstärkten Einsatz im Europäischen Flüchtlingsrat korrigieren.

Deutschland spielt, das wird mir auf internationalen Konferenzen immer wieder bestätigt, eine führende Rolle in der Abschottungspolitik. Auch von daher ist der asylpolitische Sektor der Bürgergesellschaft in Deutschland gefordert. Er steht für ein europäisches Deutschland, das sich weder von seiner Geschichte noch von den menschenrechtlichen Grundlagen seiner Verfassung verabschieden darf. Hier wird sich Niedersachsen sicher eingliedern. Ich rechne sehr damit.

(H. Leuninger ist Europa-Referent von PRO ASYL; Rede zur Eröffnung der Ausstellung im Niedersächsischen Landtag am 14. Februar 1996)